



Wortprotokoll der 41. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 18. November 2020, 14:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
2.200

Vorsitz: Norbert Müller, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
"Kinderschutz ohne Netzwerk, Jugendämter ohne
Publikumsverkehr - Zur Arbeit mit familiären
Krisen im Ausnahmezustand"



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 18. November 2020, 14:30 Uhr

**Ordentliche Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

**Stellvertretende Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

CDU/CSU

Wiesmann, Bettina Margarethe

CDU/CSU

Launert Dr., Silke

SPD

Rüthrich, Susann

SPD

Bahr, Ulrike

AfD

Huber, Johannes

AfD

Harder-Kühnel, Mariana Iris

FDP

Seestern-Pauly, Matthias

FDP

Föst, Daniel

DIE LINKE.

Müller (Potsdam), Norbert

DIE LINKE.

Werner, Katrin

12. November 2020

Anwesenheitsliste

Seite 1 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 18. November 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR Schneidewind-Hartnagel, Charlotte		BÜ90/GR	

12. November 2020

Anwesenheitsliste

Seite 2 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

19. Wahlperiode

Protokoll der 41. Sitzung
vom 18. November 2020

Seite 4 von 25



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 18. November 2020, 14:30 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
AFD	_____	_____
FDP	_____	_____
DIE LINKE	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Stand: 13. September 2018 / Bl4, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Kinderschutz ohne Netzwerk, Jugendämter ohne Publikumsverkehr – Zur
Arbeit mit familiären Krisen im Ausnahmezustand“
am Mittwoch, dem 18. November 2020, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München)	Teilnahme mittels Videokonferenz
Heike Schlizio-Jahnke (AG Weiße Fahnen)	
Prof. Dr. Holger Ziegler (Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Bielefeld)	



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 11, 13, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25
Abg. Bettina M. Wiesmann	19, 20
Abg. Susann Rüthrich	16, 22
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	22

Sachverständige

Philipp Heinze	9, 12, 13, 18, 21, 24
Heike Schlizio-Jahnke	9, 17, 21, 24
Prof. Dr. Holger Ziegler	14, 20, 23



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderschutz ohne Netzwerk, Jugendämter ohne Publikumsverkehr – Zur Arbeit mit familiären Krisen im Ausnahmezustand“

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt anfangen, da uns die Zeit wegläuft und wir uns sonst zerschreddern. Es ist heute etwas Besonderes, da es ein Kommen und Gehen geben wird, weil wir aus einer namentlichen Abstimmung kommen und alle in ungefähr einer halben Stunde in die nächste namentliche Abstimmung gehen müssen. Dennoch begrüße ich Sie jetzt zur Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Wir werden live im Parlamentsfernsehen übertragen. Das heißt, es wird heute nicht aufgezeichnet und verspätet ausgestrahlt, sondern das heißt, wir sind jetzt live im Stream und man sieht das reale Parlamentsleben mit all seinen Schwierigkeiten und Unplanbarkeiten.

Weil sich gerade zunehmend Menschen für unsere Arbeit interessieren, uns aber gar nicht kennen, sage ich zur Erklärung inzwischen immer vorneweg, dass die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ein seit über 30 Jahren bestehender Unterausschuss des Familienausschusses ist. Wir haben drei Besonderheiten, die uns vom üblichen Parlamentsbetrieb mit Mehrheiten, Opposition und Koalition unterscheiden. Jede Fraktion stellt unabhängig von ihrer Größe ein Mitglied. Wir arbeiten in der Regel in einem großen Konsens zusammen und haben, wenn wir Dinge entscheiden, eine besondere Mehrheit, die über den üblichen Mehrheiten liegt. Im Wesentlichen heißt das, dass hier zwei Drittel der Mitglieder der Kinderkommission zustimmen müssen, die zwei Drittel der Abgeordneten im Familienausschuss mittels ihrer Fraktion repräsentieren. Wir haben einen rotierenden Vorsitz, bei dem jeder von uns

zu gleichen Teilen den Vorsitz führt. Das bedeutet, dass jeder seine Duftnoten setzen kann und alle gleichberechtigt miteinander zusammenarbeiten.

Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind uns ein Herzensanliegen und wir handeln in erster Linie im Interesse von Kindern und Jugendlichen. Wir sind hier natürlich mehr als im Mutterausschuss oder im Plenum gezwungen, mit unserem politischen Background, den wir aus unseren Fraktionen mitbringen, aufeinander zuzugehen, Argumente zu hören und am Ende gemeinsam zu entscheiden. Wir nehmen nicht an Gesetzgebungsvorhaben teil, sondern geben Empfehlungen, die in der Öffentlichkeit durch unsere besondere Mehrheit und die in der Regel gut gelingende überparteiliche Zusammenarbeit ihre Wirkung entfalten.

In meiner Vorsitzzeit habe ich vorgeschlagen, dass wir Anhörungen machen, und die Kinderkommission ist dem gefolgt. Wir machen jeden Mittwoch öffentliche Anhörungen zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder, Jugendliche und junge Menschen. Dabei betrachten wir nicht nur den Lockdown im Frühjahr und Frühsommer, sondern die Gesamtzeit bis heute. Wir sind quasi Lernende, erfahren täglich neue Dinge und stellen uns auch diesen neuen Situationen. Wir blicken daher nicht nur auf das Frühjahr zurück, sondern auch auf die gegenwärtige Situation. Uns geht es im Kern darum, am Ende zu Vorschlägen zu kommen, wie wir in vergleichbaren Situationen und pandemischen Notlagen, die uns, wie wir jetzt wissen, jederzeit einholen können, die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht vernachlässigen, sondern besonders in den Blick nehmen, entsprechend würdigen und mitbewerten. Am Ende werden wir zu einer Stellungnahme kommen, da bin ich ganz zuversichtlich. Wir orientieren uns bei den Anhörungen grob an den Regelungsböcken innerhalb des SGB VIII, also des Sozialgesetzbuches VIII, Kinder- und Jugendhilferecht. Wir hatten bereits öffentliche Anhörungen zur Situation in den Kitas, in den Familien und vielen mehr.

Heute haben wir eine öffentliche Anhörung, in



der es um die Arbeit unter Corona-Bedingungen in den Jugendämtern und beim Allgemeinen Sozialen Dienst geht. Es geht um die Frage, wie Jugendämter ihre Aufgabe wahrnehmen können, wenn der persönliche Kontakt zu Kindern und Jugendlichen und ihren Familien nur eingeschränkt oder gar nicht möglich ist.

Teilweise sind sogar per Eindämmungsverordnung oder anfangs im Frühjahr noch per Allgemeinverfügung Hilfen zur Erziehung und Familienhilfen völlig abgebrochen oder untersagt worden. Insofern ist für uns interessant, was uns die Sachverständigen aus ihren Erfahrungen aus der Praxis schildern werden, wie man gerade unter diesen Bedingungen die Arbeit leisten kann und wie es möglicherweise besser gehen könnte.

Ich begrüße als Sachverständigen Herrn Philipp Heinze vom Sozialreferat München, der dort auch Sprecher für die Gewerkschaft ver.di ist. Herr Heinze nimmt über Webex teil. Wir tagen damit hybrid, was heißt, dass jeder von den Sachverständigen und den Mitgliedern hier die Möglichkeit hat, sich online zuzuschalten. Herr Heinze ist sozusagen von München aus zugeschaltet. Herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie können uns sehen und hören

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Ich kann Euch und Sie sehen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Hervorragend. Im Saal begrüße ich Frau Heike Schlizio-Jahnke von der AG Weiße Fahnen. Kein regelmäßiger, aber doch gelegentlicher Gast in der Kinderkommission. Frau Schlizio-Jahnke ist vom Jugendamt Berlin-Mitte. Herzlich willkommen. Und Herrn Prof. Dr. Holger Ziegler von der Fakultät für Erziehungswissenschaften der Universität Bielefeld, der auch schon Sachverständiger im Deutschen Bundestag war.

Wir haben für unser Gespräch heute bis 16.30 Uhr Zeit. Das übliche Verfahren ist, dass ich die Sachverständigen bitte, Eingangsstatements von ungefähr 10 Minuten zu geben. Wir haben gleich die nächste namentliche Abstimmung über das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz, die man in den Medien gerade findet. Wir haben schon verspätet

begonnen. Damit zusammenhängend haben wir noch eine weitere namentliche Abstimmung in ungefähr einer halben Stunde. Ich bitte Sie daher, bei Ihren Statements wirklich zu versuchen, auf die Zeit zu achten. Normalerweise habe ich hier eine Glocke, die wir jetzt vergessen haben, was nicht schlimm ist. Mit dieser würde ich nach ungefähr neun Minuten ein Zeichen geben, dass Sie zum Ende kommen müssten und damit auch hart reguliere. Wir haben uns dahingehend verständigt, jetzt hoffe ich, dass ich es noch richtig in dem Stress rekapituliert bekomme, Frau Schlizio-Jahnke beginnt, Herr Heinze über Webex übernimmt und Herr Prof. Dr. Ziegler macht den Schluss. So, lange Rede, kurzer Sinn, Frau Schlizio-Jahnke, Sie haben das Wort.

Heike Schlizio-Jahnke (AG Weiße Fahnen): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank, dass ich heute hier die Gelegenheit habe, zu Ihnen zu sprechen. Kurze Vorstellung: Ich bin Heike Schlizio-Jahnke, Regionaldienstleitung hier in Berlin-Mitte in der Region Wedding. In meiner Region arbeiten ca. 35 Kolleginnen und Kollegen, was auch regelmäßig wechselt. Im betreuten Bereich wohnen ca. 100.000 Einwohner, damit Sie ein bisschen eine Vorstellung haben, wie groß die Region ist. Ich vertrete hier die AG Weiße Fahnen, die hier in Berlin seit 2013 aktiv ist. Zum ersten Mal haben wir weiße Fahnen als Zeichen der Kapitulation rausgehängt. Seitdem machen wir viele Veranstaltungen und Fachtagungen, vor allen Dingen zum Thema Arbeitsbelastung. Dazu war ich 2016 schon einmal hier und werde deshalb zur Arbeitsbelastung nur am Rande etwas sagen. Jetzt spreche ich ganz schnell, damit ich in der Zeit bleibe.

Als ich das Thema „Arbeit mit Familien in Krisen, Familien in Ausnahmesituationen und im Ausnahmezustand“, für das ich heute eingeladen bin, gelesen habe, da habe ich gedacht, dass gerade wir als Jugendamt eigentlich fast ausschließlich in Krisen arbeiten. Die Krisen, die wir selber haben, weil wir nicht genug Personal haben und ständig gucken müssen, wie wir die Arbeit geschafft kriegen. Aber wir arbeiten immer wieder mit „Familien in Krisen“. Wenn wir zu Familien hingehen, geht es fast immer um Krisen in den Familien. Vielleicht noch einmal ganz



kurz: Wenn wir mit Familien Kontakt aufnehmen, dann ist das in der Regel nicht mit einem Gespräch getan, sondern es bedarf vieler Gespräche. Wir müssen immer wieder Kontakt aufnehmen und an einer Familie dranbleiben, um den Worst Case, nämlich eine Inobhutnahme zu vermeiden. Auch Inobhutnahmen sind mit der Inobhutnahme nicht erledigt, sondern die eigentliche Arbeit geht dann erst los. Das vielleicht einmal vorweg.

Was ist jetzt durch Corona passiert? Der Lockdown kam und wir waren zum Glück nicht ganz unvorbereitet. Wir hatten Pläne geschmiedet, aber es kam dann doch alles etwas schneller als gedacht. Als die Schulen und Kitas schlossen, haben wir uns schon sehr große Sorgen gemacht, wie das jetzt auch mit unserer Arbeit weitergeht. Wir haben nicht nur in meiner Region, sondern in fast ganz Berlin Arbeitsteams gebildet, die sich nicht mischen durften. Das ist auch in vielen Bereichen passiert. Wir waren mit deutlich weniger Menschen in der Region und haben uns am Anfang erschrocken, weil es zu Beginn kaum Meldungen gab. Es war erstaunlich ruhig und es war niemand da, der Meldungen hätte machen können. Zum Glück haben wir in den Schulen und Kitas relativ schnell einen Notdienst organisiert. So konnten wir Kinder und Familien melden, zu ihnen Kontakt aufnehmen und das Angebot für einen Notfallplatz in den Schulen und Kitas machen. Auch die Schulen und die Kitas haben sich bei uns gemeldet und gesagt, dass es eine Familie gibt, um die man sich Sorgen mache, weil sie nicht erreichbar ist. Viele Schulen und Kitas haben versucht, die Familien zu erreichen.

Was uns auch sehr große Sorgen bereitet hat, ist die Fachlichkeit. Sie blieb in dieser Zeit auf der Strecke, und man muss es auch wirklich sagen, sie ist es immer noch. Wir haben jetzt einen leichten Lockdown. Das heißt, wir sind soweit es geht alle vor Ort, außer unsere Kolleginnen und Kollegen der Risikogruppen, auf die wir jetzt gerade ein bisschen verzichten müssen. Das Familiengericht hat auch dichtgemacht und wir konnten uns nur noch mit Mühe an das Familiengericht und die Unterstützung von den Familiengerichten wenden. Es gab fast keine Termine im Familienrecht. Für so eine große

Region müssen auch hin und wieder Dienstbesprechungen gemacht werden, die im Moment mit so vielen Personen gar nicht möglich sind. Die Supervision wurde im Lockdown komplett abgesagt und die Supervisoren haben Videokonferenzen angeboten. Aber hierzu komme ich gleich noch einmal zu sprechen, da man dafür dann auch die Technik braucht.

Die Hilfeplangespräche fanden nur noch telefonisch statt. Wir haben die Familien angerufen und gefragt, wie es Ihnen geht und wie es gerade läuft? Die Träger haben zum Beispiel Familienhilfe angeboten oder Betreuungshilfe. Sie haben wirklich Unglaubliches geleistet, das muss man wirklich sagen. Sie haben versucht, die Familien immer wieder zu erreichen. Aber wenn die Familien keine Technik und kein WLAN haben, ist das natürlich sehr schwierig. Telefonieren kann man nur mit einem Familienmitglied. In der Regel ist es nicht möglich mit allen zu telefonieren. Wir haben Telefonkonferenzen als Hilfeplankonferenzen gestaltet. Darin konnte man jedoch nicht mit den Kindern reden, was deren Vorstellungen sind, wo es hingehen soll und was deren Ziele sind. Die ganze Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist eigentlich hinten runtergefallen.

Auch unsere ganzen großen Runden, die wir über die Jahre zum Beispiel im Netzwerk Kinderschutz etabliert haben, in denen sich viele Kolleginnen und Kollegen treffen und sich über das Thema Kinderschutz austauschen, wie man damit umgeht, wurden alle abgesagt und finden zum Teil noch immer nicht statt. Es gibt auch einfach keine Räume für solche Veranstaltungen. Hinzu kam natürlich auch die eigene Unsicherheit. Auch unsere Kollegen haben am Anfang überlegt, wie man damit jetzt umgeht, ob und wie man sich anstecken kann. Am Anfang hatten wir keinen Schutz und keine Schutzausrüstung. Wir hatten zum Glück einen freien Träger, der Nährarbeiten mit Kindern und Jugendlichen angeboten hat. Der hat uns erst einmal Masken genäht, damit wir wenigstens dahingehend geschützt waren. Inzwischen haben wir eine komplette Schutzausrüstung und wir können uns so anziehen, wie man es in den Krankenhäusern im Fernsehen sieht. Dabei stelle ich mir immer vor, wie es in der Familie ankommt, wenn zwei



Kolleginnen in dieser Ausrüstung vor der Tür stehen und mit den Familien über Kinderschutz reden müssen. In dieser Situation waren wir zum Glück noch nicht, aber es wird kommen und dann wird es eine schwierige Situation.

Die Beziehungsarbeit stößt bei Kontaktvermeidung einfach an ihre Grenzen und ist einfach nicht möglich. Es ist so ein Dilemma zwischen Kontakt und Abstand. Wir haben die Sorge, dass uns einige Kinder oder Familien ein Stückchen durchgerutscht sind. Wir befürchten, dass im Laufe der Monate oder auch Jahre die Meldungen zunehmen werden. Klar kann ich dazu noch gar nichts sagen, da man einfach abwarten muss. Das Thema „Familien in Krisen“ gab es in der letzten Woche schon und deshalb will ich mich hierzu gar nicht groß äußern. Die Familien haben uns hin und wieder zurückgemeldet, wie schwierig sie das auf engstem Raum finden. Ich arbeite im Wedding und dieser ist ein sozial schwacher Bezirk, in dem man auf engstem Raum zusammenlebt, Schulaufgaben machen muss, die die Eltern manchmal noch nicht einmal verstehen, kein WLAN hat, vielleicht nur einer ein Smartphone oder irgendwie so etwas hat. Es war schon sehr, sehr schwierig für die Familie.

Die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern war sehr unterschiedlich. Wir arbeiten zum Beispiel sehr eng mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirks zusammen. Das ist gerade bei jüngeren Kindern ganz wichtig, dass man deren Know-how noch einmal hat. Wir gehen auch zusammen zu Meldungen raus. Den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst gab es im Lockdown praktisch gar nicht mehr, weil alle im Pandemiestab des Gesundheitsamtes waren. Auch jetzt haben sie nur eine ganz geringe Besetzung und stehen deshalb als Unterstützung nicht mehr zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit den Schulen und Kitas lief sehr gut, wie ich es bereits gesagt hatte.

Noch einmal zur fehlenden Digitalisierung: Videokonferenzen sind jetzt das große Schlagwort. Solange ein Jugendamt jedoch ohne Laptops und ohne weitere Möglichkeiten ausgestattet ist, um eine Videokonferenz durchzuführen, kann man nur mit privaten Geräten ins WLAN und nur von

Zuhause eine Videokonferenz machen. Die Kolleginnen und Kollegen waren während des Lockdowns ohne jegliche Technik und handelten in einer absoluten Grauzone, da wir mit den privaten Telefonen Familien angerufen haben. Einige Kolleginnen und Kollegen hatten sich hierzu sehr kritisch geäußert, da man zuhause im Wohnzimmer sitzt und mit einer schwierigen Familie telefoniert und die eigenen Kinder noch im Hintergrund sind und mithören. Das war sehr, sehr schwierig.

Dann noch einmal zu den Räumen: Wir haben hier in Berlin, und ich denke, in anderen Bundesländern ist es genauso gewesen, unglaublich gespart und gekürzt. Die Räume, in denen wir arbeiten müssen, wurden immer kleiner. Wir haben uns massiv dagegen gewährt, dass wir zu zweit in Doppelzimmern sitzen müssen. Man muss wirklich sagen, dass wenn man in Diensträumen mit unter 15 Quadratmetern sitzt, kann man nur mit einer anderen Person Gespräche führen. Für alles was darüber hinausgeht, braucht man größere Räume. Es nimmt im Moment wirklich unglaublich viel Zeit in Anspruch, solche Räume zu finden, in denen man Hilfeplangespräche oder auch einmal eine Fallkonferenz mit mehr als fünf oder sechs Leuten führen kann.

Ich komme zum Abschluss: Wir sind ganz klar systemrelevant gewesen und sind es immer noch. Für diese Berufsgruppe braucht es Anerkennung, da unsere Arbeit häufig nicht sichtbar ist. Wir haben in der Lockdown-Phase keinen Applaus bekommen und bekommen ihn nicht einmal in dieser Phase. Vielleicht noch einmal eine kleine Überleitung zur Novellierung des SGB VIII, die nunmehr vorliegt. Wir als Jugendämter haben hohe Erwartungen an das neue SGB VIII. Wir fordern, dass die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jugendämter Berücksichtigung finden, da diese das dann alles umsetzen sollen. Die Jugendämter, das sind wir, und deshalb bitten wir Sie, reden Sie mit uns. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank Frau Schilizio-Jahnke, das war gut in der Zeit. Herr Heinze, hören und sehen Sie uns? Dann haben Sie jetzt für 10 Minuten das Wort.



Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Ja. Herzlichen Dank für die Einladung. Mein Name ist Philipp Heinze und ich bin ver.di-Sprecher beim Sozialreferat München. Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Rahmen hier sprechen darf. Ich bin Sozialpädagoge und komme auch aus der Bezirkssozialarbeit. Das ist quasi analog zum RSD in Berlin und zum ASD der Jugendämter.

Ich möchte kurz berichten, was bei uns während der Lockdown-Phase im März bis Mai los war. Mitte März, als der Lockdown begonnen hat, waren die Kolleginnen und Kollegen vollständig vor Ort in den Dienststellen. Das war auch richtig so, weil Arbeitsprozesse neu aufgestellt werden mussten. Zum Beispiel wurden Einkaufshilfen für die Münchner Bürgerinnen und Bürger organisiert. Ab circa Ende März/Anfang April wurde in der Bezirkssozialarbeit schrittweise das Schichtmodell eingeführt. Das heißt, dass sich die Teams aufgeteilt haben, damit man sich nicht gegenseitig ansteckt und alle in Quarantäne müssen. Dieses Schichtmodell besteht größtenteils bis heute fort. Es wurde allerdings berichtet, dass die personell unterbesetzten Teams das Schichtmodell nicht einfach so umsetzen konnten, weil grundsätzlich zu wenige Kolleginnen und Kollegen im Team sind. Hier fällt uns dieses Thema wieder vor die Füße. Es gibt keine gesetzlichen Fallzahlbegrenzungen und nicht ausreichende oder gar keine Personalbemessungen. Unser Arbeitsbereich ist einfach unglaublich schwierig, und das merkt man gerade in so einer Krisensituation, wo man eigentlich gut ausgestattet reinstarten müsste. Es bräuchte einfach eine gute Personalausstattung.

Es galt lange als Unmöglichkeit, wurde jedoch dann doch relativ schnell umgesetzt, dass unsere städtische IT in München die Kolleginnen und Kollegen der Bezirkssozialarbeit, aber auch viele andere Fachlichkeiten der Sozialverwaltung mit Token ausgestattet hat. Das heißt, dass schon die Möglichkeit bestand, und das bis heute, zuhause mit Zugang zu E-Mails und zum Dokumentationsverfahren im Homeoffice zu arbeiten. Allerdings alles mit Privatgeräten, so wie es in Berlin offensichtlich auch ist. Die Kolleginnen und Kollegen müssen mit ihren privaten Handys mit unterdrückter Nummer

telefonieren, damit die Klientinnen und Klienten nicht die Privatnummer bekommen. Das ist ein großes Ärgernis. Es sind zwar Bestellungen auf den Weg gebracht worden, die sich aber hinziehen. Was wir am meisten hören ist, dass die technische Ausstattung einfach fürs Homeoffice unzureichend ist und so auch eine Arbeitsfähigkeit im Homeoffice nur eingeschränkt möglich ist.

Entgegen der ersten Befürchtungen war während der harten Lockdown-Phase auch bei uns kein erhöhtes Fallaufkommen zu verzeichnen. Es war jedoch auch einfach so, dass auch bei uns viele Einrichtungen komplett geschlossen hatten. Viele Kontakte waren nur noch über das Telefon erreichbar oder sind teilweise komplett abgebrochen. Das bezieht sich auch auf den Themenbereich Schule. Es wurden die Hausaufgaben per E-Mail an die Kinder und Jugendlichen, an die Schülerinnen und Schüler versendet. Ein echter Austausch zwischen den Klassenlehrkräften und ihren Schülerinnen und Schülern im Sinne von „Hey, wie geht es euch, wie bringt ihr gerade die Zeit rum? Wie beschäftigt ihr euch, habt ihr Sorgen, Ängste und Nöte?“ fand nicht wirklich statt. Da wäre vielerorts Luft nach oben gewesen. Es gibt auch viele engagierte Lehrkräfte, die für sich kreative Lösungen gefunden haben und zum Beispiel Online-Elternabende gemacht haben. Das war aber leider nicht flächendeckend der Fall.

Gerade die Schule ist für uns Bezirkssozialarbeiter ein wichtiger Kooperationspartner und auch ein wichtiger Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen. Die Meldungen von den Lehrkräften als Vertrauenspersonen sind dementsprechend zurückgegangen. Eine Trendwende ist jetzt schon wieder zu erkennen, nachdem in Bayern die Schulen nach den Pfingstferien wieder geöffnet haben. Es gab zwar in den Schulen noch das Wechselmodell, zumindest in den höheren Klassen waren die Klassen geteilt, aber immerhin konnten die Schülerinnen und Schüler wieder in die Schule gehen. Auch die Kitas sind wieder in den Regelbetrieb gegangen. Seitdem ist wieder ein leichter Anstieg der Kontaktaufnahme von den Einrichtungen zur Bezirkssozialarbeit zu erkennen, so berichten es meine Kolleginnen und



Kollegen. Es ist jedoch sicherlich nicht mit dem Jahr 2019 vergleichbar. Das muss man weiter beobachten.

Hilfeplangespräche sind natürlich während des Lockdowns ganz schwierig. Man muss jedoch sagen, dass sie trotzdem stattfanden. In den Fällen, wo es dringend notwendig ist, fanden sie durchgehend statt und finden bis heute statt. Viele Hilfeplangespräche wurden dann in der Phase zwischen den Pfingstferien bis Oktober nachgeholt, wenn es irgendwie möglich, war sogar in Präsenz. So wie in Berlin sind bei uns die Vorgaben, dass alles was nicht zwingend notwendig ist, soll per Telefon laufen. Wir haben zumindest Telefon-Chaträume zur Verfügung, die auch stark genutzt werden. Die Kommunikation mit Klientinnen und Klienten mittels Videosystem ist schwierig, aber mit Einrichtungen funktioniert es, jedoch haben auch nicht alle Einrichtungen unserer Kooperationspartner die entsprechende Ausstattung. Die Maßnahmenträger sind auch alle nicht so ausgestattet, so dass man mit allen ohne große technische Scherereien eine Videokonferenz einberufen könnte. Da sitzen wir, glaube ich, alle im selben Boot und müssen an dieser Stelle dringend nachjustieren. Das sind auch schon die Themen, von denen uns die Kolleginnen und Kollegen berichtet haben.

Eine sehr frühe Rückmeldung war, dass der fachliche Austausch leidet. Es gab einfach weniger Tür-und-Angelgespräche, und damit diese wichtigen Momente, in denen man mal eine fachliche Frage stellen kann, auf neue Ideen kommt, wie man die Hilfe vielleicht optimieren oder besser gestalten kann und man besser mit den Klientinnen und Klienten in Kontakt kommt. Diese Begegnungsmöglichkeiten sind unter den Kolleginnen und Kollegen jetzt eingeschränkter. Größere Besprechungsräume sind auch bei uns natürlich ein Thema. Die Untersuchung von Frau Professorin Beckmann vor zwei Jahren hat dies auch ergeben, dass bundesweit in den Jugendämtern das Thema der Besprechungsräume ein großes Thema ist. Diese würden auch viel mehr größere Treffen ermöglichen, wenn wir hier mehr Kapazitäten hätten.

Wie es die Kollegin gerade berichtet hat, sind auch bei uns ständig dieses Abwagen und dieses

Spannungsfeld vorhanden. Wir haben die Vorgabe, nur die wirklich notwendigen Gespräche persönlich durchzuführen, wo ich als Gewerkschafter auch dahinterstehe. Andererseits weißt du als Bezirkssozialarbeiter auch, dass du nur mit dem unmittelbaren Kontakt an die Menschen herankommst und ein Vertrauensverhältnis aufbauen kannst. Dieses ständige Hin und Her und das Abwagen zehren an den Kräften der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich noch Zeit habe, würde ich noch kurz ein paar Forderungen aus unserer Sicht vortragen.

Vorsitzender: Sie haben noch anderthalb Minuten.

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Ok, gut. Wir bräuchten auf jeden Fall mehr FFP-2-Masken. Das ist für uns ein wichtiges Kriterium, wenn wir auf Hausbesuche gehen. Wir brauchen wie schon gesagt Diensthandys, Laptops und eine funktionierende Ausstattung für Videokonferenzen. Das alles schultert die Stadt München peu à peu, aber ich denke, die Kommune braucht da eine finanzielle Entlastung. Wir stehen zum Beispiel bei der Landeshauptstadt vor großen Einsparmaßnahmen, und ich denke, das betrifft viele Kommunen, und deshalb bräuchten wir dringend vom Bund und Land weiterhin Unterstützung. Wir haben einen Personalabbau in nicht unerheblicher Höhe vor uns, keine Entlassungen, aber Personalabbau. Insgesamt müsste das interdisziplinäre Netzwerk noch mehr gelebt und gefördert werden. Alle, Kita, Schule und auch wir, alle Ämter, die mit Parteiverkehr arbeiten, brauchen eine gute Ausstattung im Hinblick auf die Hygienemaßnahmen. Nur so kann letztendlich gewährleistet werden, dass die Einrichtungen offen bleiben, und das ist wichtig für die Kinder und Jugendlichen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank Herr Heinze, das war gut in der Zeit. Ich frage mal ganz kurz an die Kollegen vom Sekretariat. Haben Sie das Plenum im Blick? Wir laufen noch nicht bei der neuen namentlichen Abstimmung? Das heißt wir können ganz entspannt noch Herrn Prof. Dr. Ziegler hören, bevor wir sozusagen noch einmal kurz unterbrechen müssen, wenn die namentliche



Abstimmung eröffnet wurde, um abzustimmen zu können? Herr Prof. Dr. Ziegler, Sie haben als letzter in der Runde das Wort.

Prof. Dr. Holger Ziegler (Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Bielefeld): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Ich werde nichts aus der Praxis berichten, sondern ich werde über Studien berichten, die das, was die Vorredner gesagt haben, im Großen und Ganzen bestätigen. Ich werde aber kurz auch noch etwas über die Situation von den Familien sagen, was man darüber weiß, da es ganz offensichtlich in Beziehung zueinander steht.

Internationale Experten hatten davor gewarnt, dass die notwendigen Einschränkungen zum Infektionsschutz mit Belastungen für Kinder und Familien und unter anderem mit einem Anstieg an häuslicher Gewalt einhergehen können. Nun finden sich tatsächlich Meldungen, die auf einen Anstieg von Gewalt in Familien hinweisen, allerdings sind die Befunde regional und je nach Quelle uneinheitlich und teilweise auch gegenläufig. Ob Gewalt und Missbrauch in Familien derzeit tatsächlich zunehmen, ist insgesamt empirisch nicht validiert. Unabhängig davon zeigen jedoch Studien zum Beispiel von der TU München, dass das Ausmaß, in dem Befragte von Gewalt durch Partner und von gewalttätigen Strafen an Kindern während der Kontaktbeschränkungen zu Hause berichten, bemerkenswert hoch ist. Würden wir zum Beispiel in der Prozentzahl nur diese betroffenen Familien mit Leistungen oder Eingriffen adressieren, würden sich die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung zum Stand heute rechnerisch mehr als verdoppeln müssen. Zumal die Gewaltproblematik aber nur einen Bruchteil der Anlässe für Hilfeleistungen und Eingriffe darstellt, wird deutlich, was zum Beispiel von Versuchen, die Fallzahlen in den Hilfen zur Erziehung zu reduzieren, zu halten ist, nämlich gar nichts. Es war allerdings vor Corona auch schon so. Wir haben es Corona-unabhängig damit zu tun, dass Familien mit adäquaten Unterstützungsleistungen eher unter- als überversorgt sind.

Eine Reihe von Studien konstatiert in Familien zu

Corona-Zeiten nun eine Zunahme von Überforderung und psychosozialen Belastungen. Die Einschränkungen haben sich auch auf das subjektive Wohlbefinden und die Selbstbestimmungserfahrungen von jungen Menschen ausgewirkt. Sie schränken ganz offenbar vieles davon ein, was eine gute Kindheit und eine gute Jugend ausmacht. Empirisch treffen die Belastungen vor allem Familien, die bereits vorher mit psychosozialen und sozioökonomischen Herausforderungen zu kämpfen hatten. Herausfordernd ist vor allem die Kombination, Sie haben es genannt, vom Zusammenleben auf engem Raum, finanzieller Not, beruflicher und gegebenenfalls existenzieller Unsicherheit und Prekarität. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Aspekte, angefangen von vermeintlichen Kleinigkeiten, wie etwa Bewegungsmangel, gepaart mit der Tatsache, dass die Energie irgendwohin muss in Mietwohnungen, über gesundheitliche Befürchtungen, bis hin zu gesellschaftlichen Krisendiskursen, die an einzelnen nicht nur draußen spurlos vorbeigehen. Schließlich werden Zugänge zu informellen alltäglichen Unterstützungen eingeschränkt. Dennoch wurden in vielen Familien zum Beispiel die Großeltern weiter in die Care-Arbeit einbezogen. Virologen raten zu recht von diesen Strategien ab. Aber genau deswegen ist die Etablierung flexibler, zugänglicher und alltäglich organisierbarer geschützter Alternativen umso notwendiger. Zusammenfassend müssen wir also von einer erhöhten Belastung und einem erhöhten psychischen und emotionalen Stresslevel in Familien ausgehen, der von der Einschränkung informeller Unterstützungsnetzwerke begleitet wird. Anders formuliert: Wir müssen von zusätzlichem öffentlichen Unterstützungsbedarf ausgehen.

Wie geht nun die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe damit um? Bezuglich ihrer vermeintlichen Unfähigkeit, Kindeswohlgefährdung wirksam zu vermeiden, gab und gibt es viel an anekdotischer Beweisführung und öffentlichkeitswirksamen Appellen, den übrigens keinesfalls alle Wissenschaftler unterschrieben haben. Fundiert ist demgegenüber eine umfängliche Studie des DJI, die von April bis Mai 2020 durchgeführt



wurde. Die ASD, so das eindeutige Ergebnis, gehen weiterhin Gefährdungsmeldungen nach, nehmen Gefährdungsprüfungen nach dem *State of the Art* vor und führen Inobhutnahmen durch. Teilschließungen von Schulen, Kitas, Horten sowie Sportvereinen mögen zwischenzeitlich eine Lücke bei den Meldungen von Verdachtsfällen induziert haben. Wie groß diese Lücke allerdings tatsächlich ist und ob sie durch andere Kanäle, die implementiert worden sind, kompensiert worden ist, lässt sich bislang nicht sinnvoll beantworten. In der DJI-Studie berichten 75 Prozent der ASD nicht von der Abnahme der § 8a-Meldung, und auch ansonsten scheinen die Meldungen seit Ende April tendenziell wieder zuzunehmen. Gleichwohl wurde das Erkennen von Gefährdung als Herausforderung beschrieben. Darüber hinaus allerdings wurde die Aufrechterhaltung von Kinderschutz nirgendwo infrage gestellt. Das gilt im Kern auch für die Kooperation mit dem Gesundheitsbereich, und das DJI hatte 65 Prozent der ASDs in Deutschland befragt. Kinderschutz wird also nicht nur wahrgenommen, sondern eindeutig und explizit priorisiert. Jenseits davon haben allerdings über 60 Prozent der ASD ihre Leistungsvielfalt eingeschränkt. Bei einer Mehrheit wurde die Hilfeplanung beschränkt, zumindest jenseits von Kinderschutzfällen, und zum Teil auch der Beginn neuer Hilfen. Teilweise wurden die Hilfeplanungen auch dezidiert auf sogenannte Kinderschutzfälle beschränkt.

Wenn es also Einschränkungen gibt oder gab, dann bei Aufgaben und Hilfen, die in keinem direkten Bezug zu Aspekten des Kinderschutzes standen. Insbesondere zeigten die ASDs, ich zitiere, „sehr deutlich an, dass die Partizipation von Adressat*innen in der gegenwärtigen Situation zu kurz kommt.“ Wir haben es gerade zwei Mal gehört. Wir können es also so formulieren, dass Aktivitäten zur Abwehr von gefährdeten Elternverhalten stärker in den Mittelpunkt gerückt wurden als Aktivitäten zur bedarfsgerechten Unterstützung. Das ist überhaupt gar keine Kritik. Allerdings bekunden die ASDs auch, dass das eine Zuspitzung von Reaktionsweisen und Prioritäten ist, die inzwischen auch im Normalbetrieb zu finden sind. Nun hätte man argumentieren können, dass die Kinder- und Jugendhilfe in besonderer

Situation dazu gezwungen war, Prioritäten zu setzen. Jetzt kommt es darauf an, eine bedarfsgerechte Unterstützung für belastete, geforderte und in der Tat auch überforderte Familien zu organisieren. Passiert ist allerdings in manchen Debatten zumindest etwas anderes. Auch akademisch wurde die Aufrechterhaltung des Schutzes von Kindern vor Eltern, die diese misshandeln, missbrauchen und vernachlässigen bezweifelt und verstärkte Aktivität in diesem Feld gefordert.

Jetzt muss man Familien weder romantisieren noch die Problematik in der Vielzahl von Familien kleinreden. Aber dennoch glaube ich, dass es überzeugt. Kurzer Ausflug: Wenn Sozialphilosophen den Wert von Familien in ihrem Charakter als einzigartiges Beziehungsgut beschreiben, das selbst die besten professionellen Einrichtungen nicht hervorbringen können, nämlich als unbedingtes Liebesfürsorgeverhältnis, das von elementarer Bedeutung für ein gutes Aufwachsen und ein gutes Leben ist, dann besteht die eigentliche Herausforderung der Arbeit mit Familien genau darin, eine gelingende Form dieser Love-Care-Relationship zu ermöglichen. Hier fängt das Unbehagen an. Die im Kinderschutz gebräuchliche Kindeswohlformel, die in Corona-Zeiten noch einmal enorm akzentuiert worden ist, stammt nämlich aus dem BGB und dient dort zur Regulierung des Verhältnisses von Staat und Familie. Um Familien zu unterstützen, braucht die Kinder- und Jugendhilfe die Formel nicht. Die Formel brauchen Familiengerichte, und zwar für Folgendes: Drohen dem Kind aufgrund des Versagens der Eltern Schädigungen und sind die Eltern nicht Willens, diese abzustellen, das heißt, sie lehnen geeignete und notwendige Hilfen ab, kann das Gericht Kindeswohlgefährdung feststellen, um Maßnahmen durchzusetzen und gegebenenfalls das Sorgerecht zu entziehen. Das dies gegebenenfalls geboten ist, ist völlig unzweifelhaft. Es gilt dann, Maßnahmen gegen den Wunsch der Eltern durchsetzen zu können. Allerdings ist die Kindeswohlgefährdungsformel, und zwar diese, zur Zentralformel im Kinderschutz mutiert. Von 2012 auf 2019 sind die Gefährdungsprüfungen um mehr als 62 Prozent auf 173.000 angestiegen. Um die Zahlen ins Verhältnis zu setzen: Im selben Jahr wurden



exklusive Erziehungsberatungen, 227.000 Hilfen für Minderjährige und ihre Familien begonnen. Derzeit kommen also auf 100 begonnene Hilfen und Unterstützung 76 Gefährdungsprüfungen. Das ist eine bemerkenswerte Verschiebung der Gewichte. Bemerkenswerterweise wird in mehr als sieben von zehn Fällen, in denen eine akute Kindeswohlgefährdung, es gibt auch latente, dazu sage ich gar nichts, festgestellt wird, überhaupt kein Familiengericht angerufen. Die statistisch mit größtem Abstand häufigste Reaktion auf eine akute Kindeswohlgefährdung ist die ambulante familienunterstützende Maßnahme, die Familien dann freiwillig annehmen. Beim Familiengericht wäre das übrigens keine Kindeswohlgefährdung. Die Statistik zeigt übrigens auch, dass dort, wo keine Kindeswohlgefährdung, sondern nur ein Bedarf festgestellt wird, häufig keine Hilfe oder Unterstützung unterhalb der Hilfen zur Erziehung, jenseits der Erziehungsberatung installiert wird.

Insgesamt sind inzwischen Konzepte und Schulungen verbreitet, denen zufolge bei Kindeswohlgefährdung keine Orientierung am Willen der Klienten und der Eltern mehr erfolgen soll. Stattdessen wird deren Mitwirkungsbereitschaft abgeklärt, mit der Erteilung von Auflagen gearbeitet und deren Erfüllung kontrolliert. Wie wäre es denn in der Corona-Situation damit: Wir benutzen die Kindeswohlgefährdungsformel, wenn es notwendig ist, um ein Familiengericht einzuschalten. Ansonsten versuchen wir, möglichst akzeptable, respektvolle, bedarfsoorientierte und in der Tat möglichst unkonditionale Hilfen anzubieten. Unkonditional in Corona-Zeiten sind die Bedingungen, die das gelingende Liebesfürsorgeverhältnis sicherstellen und die von den Betroffenen begründet wertgeschätzt werden können. Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation scheint mir jedenfalls eine Haltung der Sorge und Anerkennung gegenüber Familien angemessener, als ein kontrollierender risikokalkulatorischer Zugang, dass sie zuvorderst und zunächst den Verdacht aufsetzt, ihre Aufgaben nicht wahrnehmen zu können. Anders formuliert, wir können nicht als Bedingung haben, die Eltern müssen zeigen, dass sie versagen, und ihnen dann vorwerfen, wenn sie versagen, dass sie ihre Kinder gefährden. Ich glaube, Familien haben

verdient, dass man anders auf sie zugeht. Dass das mehr Ausstattung und Möglichkeiten bedarf, liegt auf der Hand. Herzlichen Dank fürs Aushalten, ich bin fertig.

Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Ziegler, wir mussten gar nicht so viel aushalten, nur Sie unsere Ungeduld. Dass Familien mehr verdient haben, glaube ich, da sind wir uns zumindest einig, als kurzes Zwischenfazit. Ich unterbreche jetzt die Sitzung für ungefähr 10, 12 Minuten. Wir eilen in den Reichstag, stimmen ab und kommen zurück. Sie können in dieser Zeit die Pause nutzen, um was zu trinken oder ein Örtchen zu besuchen.

15.54 Uhr bis 16.08 Uhr Unterbrechung

Vorsitzender: Wir sind jetzt fast wieder vollzählig. Frau Wiesmann ist sicherlich wieder auf dem Weg zurück und dann bestimmt bald da. Herrn Huber habe ich die ganze Zeit nicht gesehen, möglicherweise kommt er noch nach. Dann würde ich vorschlagen, machen wir jetzt einfach weiter mit den Fragen, die der eine oder die andere sich bereits notiert hat. Ich schaue mal in der Runde, ob es bei euch, den Kollegen aus der Kiko bereits Fragen gibt? Susann Rüthrich, und ich habe mir auch einiges aufgeschrieben.

Abg. Susann Rüthrich (SPD): Ich muss mich aber nicht vordrängeln, falls du möchtest. Vielen Dank für die Ausführungen, die Sie gemacht haben. Das war wieder sehr eindrücklich, und ich habe so zweieinhalb oder drei Fragen. Wenn ich jetzt einmal Ihre Sachen zum Thema Kinderschutz ein bisschen polemisch zusammenfrage: Gibt es jetzt mehr oder weniger Fälle, gibt es neue Meldungen, schieben wir eine Bugwelle vor uns her, von der wir gerade noch nichts wissen oder sie noch nicht sehen, weil entweder die Ressourcen nicht reichen oder die Meldungen nicht angekommen sind und mit dem zusammen tue, was Sie, Herr Prof. Dr. Ziegler, gesagt haben, dann ist so ein bisschen die Frage, ob die Ressourcen gerade nur für den Kinderschutz und das Dringendste reichen und dass Corona jetzt noch einmal den Brandlöscher-Effekt des Jugendamtes, welches eigentlich noch sehr viel mehr Aufgaben hat, verschärft hat? Das wäre einmal das eine.

Sie hatten auch gesagt, dass wir eigentlich noch



nicht so die validen Daten haben. Kann man irgendwie eine Prognose geben, ob wir noch zu denen kommen oder ob das ein blinder Fleck bleiben wird? Weil ich habe auch von den Jungendämtern, mit denen ich durchaus auch in Kontakt stehe, sehr unterschiedliche Aussagen bekommen. Ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, dass die Situation in den Regionen tatsächlich so unterschiedlich ist, sondern dass es irgendwie noch andere Faktoren geben muss.

Ein zweiter Punkt, wo Sie vielleicht noch einmal eine Einschätzung geben können, ist für mich die Frage nach der Erreichbarkeit. Wenn Ämter grundsätzlich nur mit Anmeldung und Terminvergabe betreten werden dürfen und auch dort die Kolleginnen und Kollegen im Homeoffice sind, ist das Telefon vielleicht auch weniger besetzt. Jemand, der einen Kinderschutzfall meldet, ruft im Zweifel vielleicht nicht acht Mal an, sondern möchte, dass jemand rangeht. Wie schätzen Sie die Situation ein, wie sie war oder wie sie ist und was könnte, außer, also klar, immer mehr Ressourcen, habe ich verstanden, da sind wir uns auch einig, gegebenenfalls auch helfen. Gibt es noch Sachen, wie man die Erreichbarkeit niedrigschwellig und barriereärmer verstärken kann?

Das Dritte: Weil wir bei einem Jugendamt nicht nur von Kinderschutz reden wollen, könnten Sie vielleicht noch einmal eine Einschätzung geben, wie sich der ganze Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Streetwork aus Ihrer Sicht gestaltet hat? Auch das sind Bereiche, die Sie im Blick haben. Die Kolleginnen und Kollegen, die selbst draußen waren, hatten bereits ihre Einschätzungen genannt. Aber Sie als Jugendamt haben mit Sicherheit auch eine aus Ihrer Sicht fachliche Einschätzung, wie diese ganzen anderen Bereiche gelaufen sind.

Vorsitzender: Ok, das geht, glaube ich, vor allem an Frau Schlizio-Jahnke und Herrn Heinze. Ich würde in die Runde direkt noch etwas ergänzen. Dann können wir das vielleicht in einem Antwortblock machen. Sie haben beide angedeutet, dass es insbesondere bei der Durchführung von Hilfeplangesprächen, Fallkonferenzen und die unmittelbare Arbeit mit

den Familien und den Kids Schwierigkeiten gab. Da gibt es ein Spannungsfeld zwischen Infektionsschutz und dem Risiko, was man eingeht, wenn man die Kontakte hat und was man möglicherweise einkalkuliert. Mich würde noch einmal Ihre Einschätzung interessieren, wo Sie in der Abwägung zwischen dem Kindeswohl, dem Schutz der Beschäftigten, der Arbeitsfähigkeit des Jugendamtes, in dem Mitarbeiter möglicherweise erkranken, sagen, bis wohin muss der ASD handlungsfähig sein, damit er zu den Familien gehen kann, Hilfeplangespräche stattfinden und Maßnahmen kontinuierlich begleitet werden können. Was brauchen Sie dafür? Sie haben gesagt, größere Räume, das habe ich schon verstanden. Herr Heinze hat gesagt, Schutzausrüstung. Reicht es, dass die Pandemietauglichkeit eines Jugendamtes bedeutet, dass man größere Räume braucht, damit sich mit Abstand getroffen werden kann? Und wir brauchen nicht nur im medizinischen Bereich, sondern zum Beispiel auch für den ASD Schutzausrüstungen? Sind solche Voraussetzungen denkbar, dass man so einen eingeschränkten Normalbetrieb fahren kann? Oder ist es im Zweifel so, um das Jugendamt und seine Mitarbeiter insgesamt zu schützen, lässt man bestimmte Sachen wie zum Beispiel Hilfeplangespräche und Fallgespräche einfach jetzt nicht mehr stattfinden? Der direkte Kontakt zu den Familien findet erst einmal nicht oder nur noch digital statt? Was würden Sie präferieren? Dann würde ich sagen, dass wenn es keine Fragen mehr zu dem Bereich gibt, machen wir erst einmal eine Antwortrunde für Sie beide. Frau Schlizio-Jahnke beginnt und Herr Heinze, der kann sich dann zuschalten und sich eine Sekunde vorbereiten, um sein Mikro anzuschalten.

Heike Schlizio-Jahnke (AG Weiße Fahnen): Wie sich die Kinderschutzzahlen entwickeln, dazu kann ich wirklich im Moment nicht viel zu sagen, da stochern wir ein bisschen herum. Ich gehe erst einmal zu den anderen Punkten. Die Erreichbarkeit: Es ist richtig, dass dies die allerersten Punkte und Vorgaben waren, die wir bekommen haben. Auch keine offenen Sprechstunden mehr. Das sehe ich auch sehr schwierig, weil ich glaube, dass es für manche Familien einfacher ist, einfach mal vorbeizuschauen und zu gucken, als anzurufen,



einen Termin zu vereinbaren und dann auch wirklich hinzugehen. Ich glaube, das ist eine große Hürde für manch einen. Mir fällt im Moment auch keine Änderung ein. Wir gucken natürlich, wenn jemand unangemeldet vor der Tür steht, dass wir dann doch versuchen, eine Lösung zu finden. Wie gesagt, manchmal sind wir einfach auch in dem Bereich. Ich finde, es ist schon eine schwierige Situation. Das muss ich einfach so sagen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit: Auch die gehört zu meinem Bereich und die war auch sehr lange zu. Das war sehr schwierig. Die Kolleginnen und Kollegen haben oft Ideen entwickelt und gesagt, dass man die jetzt draußen anwenden könnte. Manche Einrichtungen haben ja ein Außengelände und man hätte sich draußen treffen können. Aber gerade im Lockdown durfte man auch das nicht, dass man sich irgendwo trifft. Es wurde auch versucht, viele über digitale Medien zu erreichen, aber das war eben sehr, sehr schwierig. Wir haben dann Einzelvereinbarungen getroffen, so dass es dann doch möglich war, mal einen Spaziergang mit den Jugendlichen zu machen oder eine digitale Hausarbeitenunterstützung zu organisieren. Es wurde mit großem Aufwand, aber auch, wie ich finde, sehr flexibel von den Trägern gehandhabt. Ich kann nur sagen, dass Sie sehr kreativ waren.

Hilfeplangespräche und die Arbeitsfähigkeit des Jugendamtes: Die Kinderschutzfälle haben ganz klar Vorrang, und im Lockdown waren es nur die Kinderschutzfälle. Das muss man wirklich so sagen. Es ist auch kein Personal vor Ort. Wir hatten nur noch die Hälfte der Beschäftigten vor Ort, die arbeitsfähig waren, und damit kann man dann natürlich überhaupt gar nicht mehr präventiv arbeiten. Es ist die große Gefahr, wenn wir nicht präventiv arbeiten, fällt uns das irgendwann alles auf die Füße, und das kostet irgendwann auch ganz viel Geld. Das darf man nicht vergessen. Die Forderung sind FFP2-Masken, und es kann nicht sein, dass ein Jugendamt FFP2-Masken bestellen muss und gucken muss, wovon sie diese bezahlen. Das muss natürlich ganz anders und finanziell geregelt werden. Wir haben tatsächlich nicht genug im Moment. Die Forderung nach Technik muss auch sein, nicht nur Räume, sondern auch die

entsprechende Technik. Die Menschen müssen in der Lage sein, Homeoffice zu machen, um bestimmte Dinge wie zum Beispiel Hilfepläne zu schreiben, die ja auch verschriftlicht werden müssen. Das kann man auch mal von Zuhause machen und wäre eine Entlastung. Dann könnte man auch noch einmal über die weiteren niedrigschwlligen Hilfen nachdenken. Wir bieten nicht nur Hilfen im Kinderschutzbereich oder im latenten Kinderschutzbereich an, sondern auch im sogenannten Leistungsbereich, damit es gerade nicht erst zum Kinderschutz kommt. Uns fehlen im Moment einfach die Kapazitäten, weil wir auch sehr ausgedünnt sind, da wir auch bei uns Risikogruppen haben, die wir schützen müssen. Ich sage immer zu jeder Kollegin und jedem Kollegen, dass sie es am Ende selbst entscheiden müssen, ob Sie selbst zu der Familie gehen oder ob sie sie zu uns ins Haus in einen großen Raum einladen, wenn er zur Verfügung steht oder ob sie sich, noch gibt es die Witterung her, im Freien irgendwo treffen. Das muss die Kollegin oder der Kollege am Ende selbst entscheiden, da ich das nicht vorgeben kann.

Vorsitzender: Herr Heinze.

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Die Frage zum Thema Kinderschutz und ob wir nur in der Krise arbeiten oder noch mehr geht? Wir können unter den vorher bereits beschriebenen Einschränkungen natürlich auch noch mehr arbeiten, da das die Ressourcen schon hergeben. Von unserem Arbeitgeber haben wir die Vorgabe, darauf zu achten, dass wir nur die notwendigen persönlichen Kontakte wahrnehmen. Wenn wir einen persönlichen Kontakt eingehen, muss dieser fachlich begründet sein. In der Regel ist das auch begründet und dem wird dann auch stattgegeben.

Zum Thema Erreichbarkeit: Wir haben bei uns in München in jedem Sozialbürgerhaus die Orientierungsberatung, bei der alle Bürgerinnen und Bürger anrufen können. Diese ist zu den normalen Dienstzeiten besetzt und damit ist die Erreichbarkeit immer gewährleistet. Wie schon gesagt, ist das Thema mit den Diensthandys unter Umständen ein kleiner neuralgischer Punkt. Das betrifft die Kolleginnen und Kollegen, die schon einen zugeordneten Haushalt haben, der von



ihnen betreut wird. Da muss mit individuellen Absprachen auf die Klientinnen und Klienten eingegangen und gesagt werden: „Bitte schicken Sie mir eine E-Mail oder rufen Sie mich auf meiner Dienstnummer an, das wird auf mein Privathandy umgeleitet.“ In der Regel sollte das Thema unmittelbare Erreichbarkeit möglich sein. Klar müssen wir uns selber auch an die Nase fassen. Was die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen anbelangt, ist es so, dass die Kooperationspartner und -partnerinnen auch ihre Schutzkonzepte und ihre Hygienestandards haben und es dort nicht immer erwünscht ist, dass fremde Personen zu einem Hilfeplangespräch in die Einrichtung kommen. Kolleginnen und Kollegen berichten, dass dies zum Teil im stationären Bereich der Fall ist, aber auch bei anderen Diensten, die sehr stark auf Distanz gegangen sind.

Ich glaube, das ist an der ganzen Kiste so ein bisschen die Crux, dass wir alle gemeinsam schauen müssen, wie wir unter Einhaltung dieser Hygienemaßnahmen möglichst wieder in einen Normalbetrieb kommen. Das ist dieser Spagat, den wir gerade alle stemmen müssen. Wir können das heute, glaube ich, nicht nur einseitig für den ASD beantworten, sondern es ist immer ein Wechselspiel. Es gibt auch Klientinnen und Klienten, die vorsichtig sind und vielleicht selbst zu einer Risikogruppe gehören. Man muss alles im Einzelfall betrachten, aber auch Rahmenbedingungen schaffen, die es einem ermöglichen, dass wir wieder gute tragfähige Beziehungen zu den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern herstellen können. Bei der Offenen Jugendarbeit und Streetwork muss ich passen, da weiß ich nur, dass wir in München eine Initiative von den freien Trägern hatten, bei der ich als ver.di-Vertreter mit der Forderung dabei war, dass die Offene Jugendarbeit zu den Pfingstferien zumindest wieder schrittweise geöffnet wird, weil das natürlich wichtige Begegnungsorte für die Jugendlichen sind. Das Thema illegale Partys von Jugendlichen hatten wir natürlich hier in München auch. Das sind diese Phänomene, dass sich 16- bis 18-Jährige treffen wollen, da sie es nicht schaffen, die ganze Zeit zuhause zu bleiben.

Ich habe noch einen wichtigen Punkt, den ich Ihnen gerne mitgeben möchte und das ist das Thema Quarantäne von Schülerinnen und Schülern. Derzeit tritt vermehrt auf, dass Kinder 14 Tage zuhause bleiben müssen. Es fällt hier schon auf, dass die Gesundheitsämter gar nicht mehr richtig hinterherkommen, die Menschen, die Eltern und die Kinder zu kontaktieren. Die Schulen übernehmen das teilweise mit Standard-Emails. Diese Kinder sind dann einfach 14 Tage zuhause und in weitestgehender Isolation. Da sollte man vielleicht auch noch einmal gucken, ob man diesen Kindern, den Jugendlichen und den Eltern Tipps und Informationen von Seiten der Schule oder des Gesundheitsamtes irgendwie unterstützend zukommen lassen kann. Dankeschön.

Vorsitzender: Frau Wiesmann, dann noch einmal Frau Rüthrich und Charlotte Schneidewind-Hartnagel, eins, zwei, drei.

Abg. Bettina M. Wiesmann (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für Ihre Impulse und die erste Antwortrunde. Ich habe noch einmal eine präzisierende Nachfrage zu den geschilderten Umständen in einem Lockdown. Ich bin mir nicht ganz sicher oder vielleicht habe ich es auch nur überhört, ob die Einschätzung dieser problematischen Situationen sich eins zu eins im vollen Lockdown als auch in dem Teillockdown, in dem wir uns jetzt befinden, abspielen oder ob es nicht doch eine erhebliche Abstufung gibt. Vielleicht habe ich Ihre einleitende Bemerkung dazu überhört, dann sagen Sie es mir noch einmal ganz schnell. Ich würde erstens annehmen, dass wir unterstellen sollten, und ich glaube, das beobachtet man auch an vielen Stellen, dass wir etwas gelernt haben. Es ist auch nicht wahr, dass das Land über den Sommer nur Pause gemacht und sich entspannt hat, sondern es wurden ganz viele Schlussfolgerungen gezogen, und auch sicher in Ihren Strukturen.

Zum Zweiten würde ich gerne wissen, ob wir jetzt im Teillockdown Kinder und Bildung, was natürlich auch Kinderschutz und die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen in den Familien, als Priorität haben? Diese sollten eigentlich vom Teillockdown eben nicht tangiert sein, deshalb sollte es jetzt auch näher am



Normalbetrieb sein, als Ihre Situation im Lockdown I. Das würde mich einfach interessieren. Das richtet sich wahrscheinlich mehr an die beiden, die jetzt schon geantwortet haben.

Eine zweite Nachfrage hätte ich gerne an Herrn Heinze, der ebenfalls für mich viel Interessantes gesagt hat. Das Thema Quarantäneunterstützung für Jugendliche oder für Kinder und Jugendliche in der Quarantäne: Haben Sie konkrete Ideen, was vielleicht angeboten oder sichergestellt werden könnte? Das würde mich interessieren.

Jetzt die Frage an den Sitzungsleiter: Ist der zweite Bereich auch schon aufgerufen oder kommt er in der weiteren Runde dran? Ich hätte nämlich auch noch eine Frage an Herrn Prof. Dr. Ziegler.

Vorsitzender: Dann mach doch die Frage und wir lassen danach alle Drei schnell antworten. Ich würde sagen, dass wir heute parallel zum Plenum überziehen und halten einfach aus, falls es Kritik aus dem Ältestenrat gibt, was vermutlich nicht passieren wird.

Abg. Bettina M. Wiesmann (CDU/CSU): Mich hat Ihr Gedanke oder Ihr Punkt, wenn ich ihn richtig aufgefasst habe, beeindruckt, bei dem Sie sagten, dass es vielleicht eine Überakzentuierung des Kinderschutzes im Tun gibt. Das würde mich noch einmal interessieren. Gilt das auch für jetzt oder haben Sie die Vermutung? Sie beziehen sich auch auf Untersuchungen, die wahrscheinlich sich jetzt nicht auf die Gegenwart beziehen. Haben Sie das Gefühl, dass das immer noch so ist, und was wäre die Remedy, die Sie empfehlen würden, um zu einem besseren Gleichgewicht zu kommen? Niemand will natürlich weniger die Kinder schützen, aber vielleicht das andere nicht vergessen.

Vorsitzender: Ich würde vorschlagen, dass wir mit der letzten Frage an Herrn Prof. Dr. Ziegler anfangen. Danach noch einmal Frau Schilizio-Jahnke und Herr Heinze, und ich bitte Sie, das möglichst kurz zu beantworten, auch wenn natürlich viel zu sagen wäre.

Prof. Dr. Holger Ziegler (Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Bielefeld): Ich beantworte gleich die Frage nach den Statistiken mit. Wir hatten das Problem, dass wir über die tatsächlichen Problemlagen, wie sie derzeit in der Bevölkerung verbreitet sind, nichts wissen, weil es keine epidemiologischen Studien über kinder- und jugendhilferelevante Phänomene gibt. Die haben wir schlicht und ergreifend nicht. Unsere Statistiken sind Tätigkeitsberichte aus den ASDs und was sozusagen prozessiert wird. Die Statistiken, die wir hier zu Deutschland haben, sind außergewöhnlich gut. Wir werden es also relativ punktgenau treffen und ich bin mir sicher, dass die Statistikstelle sehr zeitnah auch zeigen wird, ob es irgendwelche Entwicklungen gab, die mit der Lockdown-Welle oder -delle irgend etwas zu tun haben und ob sich die Dinge wieder normalisiert haben oder nicht. Das kriegen die normalerweise sehr gut hin und ich bin mir sicher, dass da bald etwas zu erwarten ist.

Wir haben schlicht und ergreifend folgendes Phänomen: Wenn wir schauen, was als Reaktion auf die Feststellung kommt, dass eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, dann ist relativ zu den Begründungen eine Inobhutnahme gar nicht so sonderlich häufig, oder es sind Hilfen zur Erziehung, die man auch ohne das Label „Kindeswohlgefährdung“ hätte etablieren können, einfach weil es hier Bedarf und auch einen entsprechenden Rechtsanspruch gibt. Das Problem ist, dass man Familien mit der Frage von Kindeswohlgefährdung anders adressiert und dass man Verantwortung anders verteilt. Wenn man sich die Belastung im Familiennetz anguckt, bin ich mir nicht sicher, ob der Fokus auf das Versagen und die Eltern schädigen ihre Kinder, ein allzu guter und hilfreicher Fokus ist, um Familien zu unterstützen. Wir wissen aus empirischen Studien, dass Ämter und Behörden teilweise von den Familien eher als Bedrohung denn als Hilfe wahrgenommen werden. Das ist auch mit Blick auf den Zugang ein großes Problem. Man soll sich dazu einiges überlegen. Was wir statistisch wissen, ist, dass der Anteil von Gefährdungsprüfungen massiv ansteigt. Das ist das Business, welches am stärksten überhaupt gestiegen ist. Auch beim Anteil der Arbeit bei den ASDs, was die Bearbeitung, Gefährdungsfälle und Gefährdungsprüfungen angeht, ist ein relativ



großer Batzen, der auch von der Arbeitskapazität für andere Dinge weggeht. Ich will darauf verweisen, dass die Familien einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. Es ist nicht so, dass man es mal so oder so sehen kann. Der gerät tendenziell einfach unter die Räder. Das geriet er aber auch vor Corona schon.

Es gibt auch einen gewissen Akzent in der Reform des neuen Kinder- und Jugendhilfeschutzgesetzes, bei dem ich die Befürchtung habe, dass diese Stoßrichtung nicht entschärft wird, sondern eher noch weiter vorangetrieben wird. Ich sehe das durchaus kritisch. Jetzt hat man einfach die Situation mit Corona, das die Möglichkeiten eingeschränkt sind. Hier ist es übrigens verständlich, dass man sagt, Kinderschutz zuerst. Es trifft einfach auf eine Richtung und Entwicklung, die wir ohnehin schon hatten und die für den Normalbetrieb gilt, was man statistisch nachzeichnen kann. Das bereitet mir Bauchschmerzen, weil auch aus fachlicher Sicht vermeintliche Versäumnisse und tödliche Versäumnisse im Kinderschutz kritisiert worden sind. Die ganz normale Belastung nimmt einfach zu, bei denen die Familien Entlastung brauchen. Das ist tatsächlich für die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe als Thema in den Hintergrund getreten. Das halte ich mit Blick auf die derzeitige Situation, die Verunsicherung und die Situation in den Familien für völlig kontraproduktiv. Es macht einfach keinen Sinn, hier mit einer Verdachtslogik heranzugehen und nicht mit einer Unterstützungslogik, und zwar einer Unterstützungslogik, die möglichst problemfrei von Familien akzeptiert werden kann. Das kommt dazu, sonst läuft das ins Leere. Die Frage, ob das dann später Kinderschutzfälle werden oder nicht, weiß ich nicht. Jedenfalls ist es für gedeihliches Aufwachsen nicht sonderlich hilfreich, da drin ununterstützt zu bleiben.

Vorsitzender: Ok. Heike Schlizio-Jahnke und danach Herr Heinze.

Heike Schlizio-Jahnke (AG Weiße Fahnen): Es war noch einmal die Frage nach dem vollen und dem leichten bzw. halben Lockdown. In Anbetracht der Zeit war es jetzt nicht möglich, aber man hätte eigentlich sagen müssen, so war es im vollen Lockdown und so ist es jetzt. Natürlich

sind jetzt mehr Kolleginnen und Kollegen wieder vor Ort, aber aufgrund der Nacharbeiten, die im Lockdown nicht machbar waren, ist jetzt auch ein unglaublicher Stress und viel zu tun. Wenn eine Kollegin entscheiden muss, ob sie sich um den Kinderschutzfall oder um die präventive Hilfe kümmert, dann entscheidet sie sich natürlich immer für den Kinderschutzfall. Von daher arbeiten wir jetzt natürlich anders.

Da es um die Quarantäneregulierungen ging: Viele Schulen sind sehr bemüht, auch in der Zeit Kontakt zu halten. Es ist sehr unterschiedlich, aber ich finde, die Schulen leisten eine Menge. Ich möchte gerne noch einmal zum Abschluss etwas Positives sagen: Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben nach dem Ende des Lockdowns zurückgemeldet, dass sie weniger Schulversäumnis und Schuldistanz hatten, weil die Kinder und Jugendlichen froh waren, wieder in die Schule zu gehen und sich auf ihre Freundinnen und Freunde gefreut haben und sich mit denen wieder treffen konnten. Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Heinze, Sie haben das Wort.

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Bezuglich der Frage von Frau Wiesmann hinsichtlich des Unterschieds vom Lockdown eins und Lockdown light: Wir haben zwischenzeitlich natürlich FFP 2-Masken vor Ort, diese aber in regulierter Anzahl. Wenn es in Deutschland einen Großproduzenten für FFP 2-Masken gäbe und der Bund das für die 500 Jugendämter finanziert würde, wäre das sicherlich eine gute Investition. Gerade jetzt, was die Wintermonate anbelangt. Ich habe jetzt keine Antwort darauf, aber Begegnungen im Freien sind jetzt nur eingeschränkt möglich. Das war sehr wohl eine Möglichkeit, die die Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen haben. Wir von ver.di haben bereits im Lockdown I unter allen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in München eine Befragung gemacht, bei denen die Kollegen zurückgemeldet haben, dass sie sich genau dahin orientiert haben, sich mit den Klientinnen und Klienten im Freien zu treffen. Ich denke, das ist jetzt für alle Beteiligten einfach. Wir haben den Winter jetzt noch vor uns und wenn er von den Temperaturen leicht ausfallen sollte, ist das sicherlich leichter, sich für eine halbe Stunde



einmal draußen auf einen Spaziergang oder Coffee to go zu treffen.

Der Unterschied zum Frühjahr ist, dass wir gerade in Süd-Bayern einfach hohe Infektionszahlen hatten. Diese sind extrem angestiegen und fallen seit ein, zwei Tagen leicht, was hoffentlich ein wenig Entspannung gibt. Das, was die Kollegin aus Berlin berichtet hat, gibt es auch bei uns. Also diese Verunsicherungen und auch ein bisschen diese Ängste, diese Unsicherheiten. Man erlebt selbst immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die Kontakt 1-Personen sind. Es kommt näher. Heute hat mir eine Kollegin gesagt, dass die Einschläge näher rücken. Das darf man bei dem ganzen auch nicht außer Acht lassen, wenn man diese 2 Phasen vergleicht.

Nun zu der Frage, welche Ideen ich bezüglich der Quarantäne für Schulkinder habe: Ich könnte mir gut einfach regionalisierte Informationsflyer vorstellen, die die Schulen einfach an die Eltern und Kinder per E-Mail rauschicken. In denen sind Ansprechpersonen und Beratungsstellen genannt und ein paar Tipps im Internet, wo man Entspannungsübungen findet. Es gibt ganz, ganz viel. Die Kinder- und Jugendhilfe, die öffentlichen und freien Träger haben ganz, ganz viel entwickelt. Die Fachverbände, die AGJ haben in den letzten sechs Monaten ebenfalls ganz tolle Sachen initiiert. Auf diesen Fundus, das Wissen und die Tipps für Eltern und Kinder sollte man zurückgreifen, ansonsten war diese Mühe auch ein bisschen umsonst. Anscheinend ist es so, dass die Schulen zum Teil diese Quarantänemeldungen jetzt übernehmen, weil die Gesundheitsämter nicht mehr hinterherkommen. Das höre ich nicht nur aus München, sondern zum Teil auch aus den umliegenden Landkreisen. Vielleicht wäre das noch eine gangbare Möglichkeit, bundesweit auch die Eltern und Kinder zu unterstützen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Gut, als nächstes habe ich die Kollegin Schneidewind-Hartnagel gesehen.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herzlichen Dank Ihnen allen für Ihre Informationen. Ich habe nur zwei ganz kurze Detailfragen, und zwar einmal an Herrn Prof. Dr.

Ziegler. Sie haben gesagt, Sie haben regional unterschiedliche Daten. Mich würde interessieren, was regional unterschiedlich heißt, also Stadt/Land oder Nord/Süd? Sie schütteln schon den Kopf, Sie werden mir die richtige Antwort dann sagen, vielen herzlichen Dank im Voraus.

Dann habe ich noch einmal eine Frage an die Praktiker*innen hier. Sie haben alle eindrücklich geschildert, dass Ihnen das Material, die Technik und die Ausstattung fehlen. Wäre es denn wirklich damit getan, wenn Sie die Hardware bekommen? Müssten dann nicht auch Ihre Mitarbeitenden Software-Skills erwerben können, um das dann auch richtig bedienen zu können? Also das wäre noch einmal eine Frage zur Ausstattung bei Ihnen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Die Kollegin Rüthrich hat signalisiert, dass ihre Frage inhaltlich anschließt. Deshalb nehmen wir sie gleich noch dazu.

Abg. Susann Rüthrich (SPD): Vielen Dank. Die Frage nach den regionalen Unterschieden geht nämlich auch an Sie, Herr Prof Dr. Ziegler. Wir sind hier, um gegebenenfalls etwas zu lernen, was besser zu machen wäre. Wenn Sie so einen Überblick über die unterschiedliche Handhabung der Jugendämter, der Jugendarbeit, auch der Arbeit mit den Familien in Deutschland haben, dann können Sie auch markieren, wo es gegebenenfalls besser und wo es schlechter läuft und ob das strukturelle Gründe hat? Dass es häufig an den handelnden Personen hängt, das kann ich mir selber denken. Die Frage ist, ob es irgendwo strukturelle Verankerungen gibt, die helfen, dass die Arbeit der Jugendämter auf einer besseren Basis steht. Dass wir an die Kämmerer herantreten müssen, ist glaube uns allen klar. Wir sind uns auch einig, dass es immer eine finanzielle Dimension hat, aber häufig kann es ja auch Unterschiede geben, weil in einzelnen Ländern bestimmte Sachen anders gesetzlich verankert sind oder die Jugendämter eine andere Position haben. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, wo wir am besten lernen sollten.

Vorsitzender: Ich hatte auch als Frage aufgeschrieben, was wir aus der Krise lernen können. Ich glaube, die hat sich damit so ein



bisschen erledigt. Ich würde sagen, Herr Prof. Dr. Ziegler, Sie haben noch einmal das Wort.

Prof. Dr. Holger Ziegler (Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Bielefeld): Ich muss tatsächlich aufpassen, dass ich jetzt nicht zu Unrecht so klinge, als wäre das ein Vorwurf. Es gibt regionale Unterschiede, die sich nicht ohne Weiteres erklären lassen. Zum Beispiel sind die Kinderschutzaktivitäten in Berlin unter der § 8a-Perspektive hochgerechnet drei- bis fünfmal so häufig wie in Hamburg. Keine Ahnung, woran das liegt. Es gibt eine gewisse Tendenz, dass in Städten mit höheren Belastungsziffern nicht nur mehr Fallzahlen existieren, sondern auch eine höhere Neigung mit Blick auf Kinderschutzfälle zu prozessieren. Wir wissen allerdings nicht, wie die Einschätzung Kinderschutzfall genau zustande kommt. Das kann nämlich auch sein, dass wenn es einen Kinderschutzfall gibt, dieser auch auf jeden Fall bearbeitet wird und aufgeschrieben wird, weil es für notwendig gehalten wird. Das ist jetzt eine pure böse Unterstellung. Ich sage nur, dass es sein kann. Man weiß es im Einzelnen nicht. Es gibt sozusagen einzelne Routinen.

Was die Meldungen über Gewalttätigkeit und steigende Gewalt angeht, ist es tatsächlich so, dass sich erstaunlicherweise keine erkennbare Regelmäßigkeit findet. Die sind aus unterschiedlichen Städten auch wirklich unterschiedlich. Ich glaube, dass es keine unbedingt systematischen regionalen Unterschiede gibt, sondern dass es eher auf die Quelle ankommt. Das Problem kann durchaus sein, dass alles stimmt, jedoch die Quellen sich verschoben haben. Wenn die Gewaltambulanz in der Charité aufzeigt, um wie viel Prozent sich die Fälle dort erhöht hatten, glaube ich das jetzt einfach mal. Es fällt mir auch schwer, warum man das nicht glauben kann. Die Polizei Berlin spricht jedoch von anderen Fällen. Es kann einfach sein, dass wenn die eine Möglichkeit, sich in der Schule an den Schulsozialarbeiter zu wenden, wegfällt, dann sucht man sich einen anderen Kanal. Es kann sein, dass es daran liegt. Von daher, es ist unglaublich schwierig zu sagen, woran es liegt.

An dieser Stelle ziehen sehr viele meiner Kollegen

das Dunkelfeld heran. Ich kann den Reflex total verstehen. Wenn ich etwas über das Dunkelfeld sagen könnte, würde ich es Ihnen sagen, aber dann wäre es nicht dunkel. Von daher ist das spekulativ. Was dazu gesagt wird, ist häufig plausibel, aber mehr auch nicht. Es ist einfach so, wir wissen es nicht. Wenn wir daran denken, dass es wahrscheinlich wesentlich mehr Fälle gibt als gemeldet werden, dann darf man getrost davon ausgehen. Wir können allerdings aus den Berichten nichts über die Realsituation ableiten.

Man kann allerdings über die steigenden Belastungen etwas sagen, denn hier haben wir einigermaßen sinnvolle Daten. Es gibt sehr viele Familienstudien, die fragen, wie stark man belastet ist und wie es einem geht und der gleichen Dinge mehr. Diese sind mal methodisch so und mal methodisch so. Wir richten uns natürlich auch ein bisschen nach Angebot und Nachfrage, und für die Kollegen war es eine Goldgrube, um es mal so zu sagen, einen Lockdown zu haben, um jetzt eine Befragung zu machen. Es ist schon auffällig, dass zu Corona-Zeiten man zumindest unter den Bedingungen Spitzen gesehen hat, die stärker waren, was Belastungen und Belastungserfahren angeht. Man kann tatsächlich sagen, dass die Einschränkungen, die es gibt, sich in Belastungen überführt haben. Wir können auch sagen, wen die stärker getroffen haben als andere. Ob die Familie Ziegler jetzt ein bisschen stärker belastet ist, das ist für die Kinder- und Jugendhilfe, glaube ich, nicht so furchtbar interessant. Aber das, was typischerweise als statistisch erwartbare oder eher erwartbare Klientel der Kinder- und Jugendhilfe angeht, da waren die Einschränkungen zum Teil massiv. Die Änderungen im Familienklima, wie man damit umgeht und der gleichen Dinge mehr, waren doch so, dass man die nicht nur für statistische Effekte halten kann, um es mal so zu sagen. Es ist auch sehr nachvollziehbar und sehr plausibel, was dahinterliegt. Zur Frage mit dem Problem von Kinderschutz, was die Wichtigkeit gar nicht in Abrede stellen soll, fällt uns bislang mit der eigentlich gut aufgestellten Kinder- und Jugendhilfe relativ wenig ein, wie man mit diesen zusätzlichen Belastungen, Befürchtungen und Familiensituationen und die Ermöglichung von Gelingen der Familiarität umgehen kann. Das ist etwas, was den sozialpädagogischen Blick in der



Kinder- und Jugendhilfe durchaus stark macht. Hier haben wir einfach das Problem, dass die Notwendigkeiten, was man jetzt prioritätisch macht und die Möglichkeiten, auf das zu reagieren, auseinandergerichtet sind. Sie treffen auf eine Situation, und dabei bleibe ich, wo die Aufmerksamkeit tatsächlich eher davon weggeht. Man hat eher die Idee von einer standardisierten und risikoorientierten Vermeidungspraxis. Einen Satz noch dazu, dass man alles für richtig halten kann, und die Strategien gibt es ja. Man hat damit ein bestimmtes Bild von Familie und was sie braucht. Ich glaube, mit dem Bild, dass Familien Unterstützung brauchen, um gelingende Familiarität herstellen zu können, ist es nicht nur persönlich angenehmer, sondern tatsächlich auch angemessener, als zu sagen, Mensch, wir müssen aufpassen, dass kein Kind im Kühlschrank landet, um es ganz böse zu sagen. Das eine schließt das andere nicht aus. Aber die Frage ist, wie man mit Familie umgeht? Hier gibt es eine Verschiebung, die es schon länger gibt, und mit Corona wird diese in der Situation gerade noch bedient. Das halte ich für korrekturbedürftig. Danke für die Propagandamöglichkeit.

Vorsitzender: Das war jetzt noch kein so richtig aufheiterndes Schlusswort. Ich schaue noch einmal in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. Richtig, die gab es noch von Charlotte Schneidewind-Hartnagel. Bitte.

Heike Schlizio-Jahnke (AG Weiße Fahnen): Ich muss es trotzdem noch einmal sagen, dass es für all das im Jugendamt gutes Personal braucht. Es muss nicht nur ausreichend, sondern gut geschult sein. Es muss ausreichend eingearbeitet sein und Möglichkeiten der Superversion und der Fortbildung geben. Diesen Block musste ich jetzt noch einmal einschieben.

Noch einmal kurz zu der Frage mit dem Aufstellen der Technik. Es geht natürlich nicht, denen nur einen Laptop hinzustellen, sondern mit diesem Laptop müssen sie ins Intranet gehen können und auf die internen Möglichkeiten und Fachverfahren zurückgreifen können. Sie brauchen ein Smartphone, mit dem man arbeiten kann. Alle solche Sachen. Man muss mit so einem Laptop natürlich auch eine Videokonferenz durchführen können, und nicht nur von zuhause,

sondern auch in der Dienststelle. Dazu braucht es jedoch WLAN. Das sind eigentlich so Sachen, wo ich denke, in welchem Jahrhundert leben wir eigentlich? Aber wir haben es eben noch nicht und das brauchen wir dringend.

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Dürfte ich kurz noch etwas zu dieser Frage ergänzen, bitte?

Vorsitzender: Ja, bitte.

Philipp Heinze (Vorsitzender ver.di Sprecher Sozialreferat München): Zur Frage von Frau Rüthrich bezüglich der technischen Skills der Kolleginnen und Kollegen: Jemand, der sich da total überfordert sieht, kann sich natürlich die Hilfe bei den Kolleginnen und Kollegen holen oder bei Freunden, so dass die Privatgeräte, auf die man derzeit zurückgreifen muss, einem so eingerichtet werden, dass es klappt. Es wird auch gleichzeitig niemand gezwungen, ins Homeoffice zu gehen. Es gibt schon ein paar Kolleginnen und Kollegen, die sagen, dass es einfach aus verschiedenen Gründen nicht passt und sie lieber vor Ort und fünf Tage die Woche an der Dienststelle arbeiten möchten. Unter anderem auch wegen dieser technischen Fragen, weil sie damit einfach nicht zurande kommen und weil sie auch mit Privatgeräten nicht ausgestattet sind. Das zum einen. Es ist auch eine Freiwilligkeit beim Homeoffice gegeben, auch wenn wir im Grunde genommen aufgefordert sind, uns in den Teams zu teilen.

Zum anderen wollte ich sagen, dass der Kinderjugendhilfeausschuss in München vor einigen Wochen zumindest den Auftrag an unser städtisches IT-Referat gegeben hat, eine Online-Plattform mit einem Austauschformat für ältere Kinder und Jugendliche zu erstellen. Auch der Prüfauftrag, ob nicht so etwas wie WhatsApp auf Diensthandys zugelassen werden kann, wurde gegeben, damit sich eben die Fachkräfte auch mit Kindern und Jugendlichen über diese wichtige Kommunikationsplattform austauschen können. Das wäre natürlich ganz wichtig. Diese Forderungen kennen wir schon seit Jahren von der Streetwork, weil diese ganzen Plattformen WhatsApp etc. eigentlich nicht datenschutzkonform sind. Vielleicht muss man in



dieser Krise auch hier mal ein Auge zudrücken oder eben eigene Programme entwickeln, die dann datenschutzkonform sind. Natürlich muss auch die Anwender*innenseite auf der anderen Seite das dann installieren und nutzen. Das sind viele Fragestellungen, aber zumindest wird es angegangen. Dankeschön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Heinze, das klingt nach einem Investitionsprogramm für die Mülltonne, dass die Kinder und Jugendlichen Apps installieren und nutzen sollen, die wir vorgeben und sich dann das Jugendamt oder der ASD, weil diese nur diese App verwenden dürfen, darüber melden. Da freut sich bestimmt nur SAP, aber vermutlich nicht die Zielgruppe.

Vielen Dank. An dieser Stelle würde ich sagen, wenn ich nichts weiter sehe, schließen wir die Sitzung. Wir sind 17 Minuten über der Zeit. Ich bedanke mich bei den Sachverständigen und den

Zuschauerinnen und Zuschauern für das Verständnis, dass wir hier sozusagen später angefangen haben und zwischendurch noch einmal ins Plenum rennen mussten.

Auch vielen Dank bei den Kolleginnen und Kollegen, dass sie jedes Mal wiedergekommen sind und hier in der öffentlichen Anhörung eisern durchgehalten haben. Ich will übrigens einmal festhalten, dass es nicht meine erste Wahlperiode ist und es in der Kiko auch schon einmal anders aussah, vor allen Dingen wenn die Wahlperiode voranschreitet. Also es ist hier ein gutes Team. Ich schließe an dieser Stelle die öffentliche Anhörung und bedanke mich noch einmal bei Frau Schlizio-Jahnke vom Jugendamt Berlin-Mitte, Herrn Prof. Dr. Ziegler und bei Herrn Heinze vom Sozialreferat München. Wir sehen uns in einer Woche hier in der Kiko im Deutschen Bundestag wieder. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.47 Uhr



Norbert Müller (Potsdam), MdB
Vorsitzender